

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 264

Mittwoch, den 13. November 1929

24. Jahrgang

Der Liquidationsvertrag

Bedenken der Deutschen in Polen

Als die Nachricht vom Abschluss des deutsch-polnischen Liquidationsvertrags an das Ohr der deutschen Minderheit in Polen drang, herrschte dort viel Freude. Es war gesagt worden, daß das Liquidationsverfahren in allen praktisch wichtigen Fällen aufgehoben wäre, daß das Auerrecht gesichert wäre und manches andere mehr. Die „Deutsche Rundschau“, die in Bromberg erscheint, machte schon beim Bekanntwerden des Vertrages entsprechende Vorbehalte. Nachdem er jetzt in allen Einzelheiten bekannt ist, schreibt das Blatt, daß die Freude längst nicht mehr ungetrübt ist. Wir sehen, daß er zum großen Teil auf Treu und Glauben, nicht aber auf einer genauen, tiefgründigen rechtlichen Formulierung aufgebaut ist. Das erfüllt uns mit großer Sorge. Wir haben Erfahrungen hinter uns, gesammelt in zehn langen trübten Jahren, wir wissen, daß ein Vertrag, der nicht in ganz feste und sichere Formen gegossen ist, hundertfach Löcher aufweist, durch die der Geist entweichen kann.

Im Sommer 1924 hat man beispielsweise in Wien einen umfangreichen Vertrag über die Staatsangehörigkeit der Deutschen in Polen und umgekehrt (die sogenannten Wiener Konventionen) abgeschlossen. Damals ging es heute ein tiefes Aufatmen der Befreiung durch die Hunderttausende der deutschen Minderheit in Polen. Aber wie ernsthaft auch das Juristengremium in Wien unter Führung des jungen Belgiers Raefenbed seine Arbeit aufnahm und durchführte, das Schiff war doch nicht dicht genug, und es ist viel Wasser in die Lebung eingedrungen. Trotz des umfangreichen Vertrages ist damals keine vollständige Klärung der Staatsangehörigkeitsfragen erfolgt. Mutet es nicht wie eine Farce an, wenn beispielsweise eine Starostei (Bezirksamt) unseres Teilgebietes von dem Angehörigen einer Familie, die seit über 150 Jahren hier ihren Wohnsitz hat, Nachweise über den Aufenthalt der Großeltern fordert, die vor 100 Jahren geboren und vor 30 Jahren gestorben sind, und daß diese Starostei die Ausgabe eines Personalausweises mit der Staatsangehörigkeitsbescheinigung verweigert, da in dem lüdenlosen Nachweis des Aufenthaltes dieser Person ein Besuch von vier Wochen im Jahre 1921 bei Verwandten hier in Polen nicht polizeilich bescheinigt ist. Und das trotz der Wiener Konvention! Nicht vereinzelte sind solche Fälle, ähnlich ergibt es Tausenden von Deutschen in unserem Teilgebiet, die schon seit Jahren und vielleicht noch auf Lebenszeit zwischen Himmel und Hölle schweben, nicht hier und nicht dort Staatsbürger sind, bis sie einmal zur großen Armee abgerufen werden, wonach sie dann hoffentlich irgendwo Heimrecht erwerben werden. Dann beginnt vielleicht für ihre Kinder der Kampf.

Mit ähnlichen Sorgen sehen wir der Ausführung des Liquidationsabkommens entgegen. Nicht einen Augenblick lang sind wir darin anderer Ansicht, als die regierungsfremde reichsdeutsche Presse, daß eine endgültige und grundsätzliche Erledigung der Liquidationsfrage von gerader lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche Minderheit in Polen ist. Mit Mühe haben wir davon Kenntnis genommen, einen wie ungeheuren finanziellen Preis, der die Summe sehr, sehr viele Male überschreitet, um die ein Enobden im Haag drei Wochen lang mit aller Energie und mit allen politischen und diplomatischen Schikanen gekämpft hat. Für Polen selbst bedeutet dieser Vertrag nicht im geringsten ein Zugeständnis, im Gegenteil, er ist vielmehr an sich, ohne Berücksichtigung des ungeheuren finanziellen Gewinns für es ein Postituum. Das offiziöse Warschauer Regierungsblatt „Gazeta Polska“ gibt das offen zu.

Der Preis war riesengroß. Ist es der Gewinn auch? Wir wollen unsere Bedenken in feiner Form äußern.

Die Grenzonen-Verordnung bleibt unbeschadet des Liquidationsvertrages weiterhin in Kraft. Wir haben bereits bei Erlass der Grenzonen-Verordnung darauf hingewiesen, daß zwei Drittel des ehemals preussischen Teilgebietes unter diese Grenzzone fallen. In diesen zwei Dritteln wohnen schätzungsweise 80 bis 90 Prozent aller hiesigen Deutschen, besonders der ländlichen Bevölkerung. Wir stellen fest, daß das Schicksal der etwa 80 Prozent deutschen Bauern, die in der Grenzzone wohnen, weiterhin unsicher ist. Neben einzelnen deutschen Bauer kann man ohne Gerichtsverfahren aus der Grenzzone vertreiben, — eine Zone, die oft 60 und mehr Kilometer ins Land hineinreicht — da ja die Verordnung für die Verwaltungsbehörden besteht und maßgebend ist.

Das Auerrecht darf ferner nur in solchen Fällen ausgeübt werden, wo der Erbe gerichtlich nicht vorbestraft ist. Wenn nun beispielsweise — wir wollen den Fall rein theoretisch erörtern — die im vorigen Monat Inhaftierten Mielke, Heibel, von Rippen usw. schuldig gesprochen und verurteilt werden und ihre Eltern würden ihnen ein Gut vermachen, so könnte Polen das Wiederkaufrecht in Anspruch nehmen. Wir müssen uns in diesem Falle mit Andeutungen begnügen, denn wir haben hier eine strenge Zensur. Wer man sollte einmal darüber nachdenken, und über andere Fälle auch.

Warum hat man ferner nicht die Rückkehr der Söhne deutscher Anseher geregelt, die seinerzeit leichfertiger optierten und selbst drüben in Deutschland zum Teil als gewöhnliche Arbeiter ihr Leben fristen mußten, während die Eltern hier ohne Erben oft schon in greisenhaftem Alter wirtschaften mußten und nicht wissen, was mit ihrem Besitz später geschehen wird? Warum hat man den klaren und einseitigen Fall des Krankenhauses Bethesda in Gnesen, der rechtlich völlig unbegründeten Wegnahme einer charitativen Anstalt, so einfach in den Papierkorb fallen lassen? Viele Fragen sind es, die sich uns aufdrängen. Unsere Einschränkungen sind kein Niesmachertum, kein berufsmäßiger Pessimismus. Es sind Einschränkungen, die aus der Sorge um unser Volkstum erwachsen und in unseren jahrzehntelangen Erfahrungen in der Anlegung von Verträgen begründet sind.

Unsere neuen Minister

Dr. Curtius Reichsaußenminister — Dr. Moldenhauer Reichswirtschaftsminister

Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnete die Ernennungsurkunden der beiden neuen Reichsminister, die am Montag ihnen bereits zugestellt wurden. Der stellvertretende Reichsaußenminister Dr. Curtius ist damit endgültig Reichsaußenminister geworden, während sein Parteifreund Dr. Moldenhauer Reichswirtschaftsminister wurde. Letzterer ist von seiner Amerikareise nach Deutschland zurückgekehrt und am Montag von Reichskanzler Müller empfangen worden.

Damit ist die Lücke wieder ausgefüllt, die durch den Tod Dr. Stresemanns im Reichskabinett entstand. Dies gilt wenigstens nach der formalen Seite hin. Anmittelbar nach dem Tode Dr. Stresemanns hatte es den Anschein, daß die Besetzung des Reichsaußenministeriums zu innerpolitischen Verwicklungen führen könnte. Vieles wurde vermutet und auch in der Öffentlichkeit erörtert, daß das Zentrum den Wunsch hege, das Reichsjustizministerium abzugeben und durch den einen oder anderen Führer in das Reichsaußenministerium oder in das Reichswirtschaftsministerium einzuziehen. Auch war gemunkelt worden, daß Dr. Breitscheid, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wünscht, die Nachfolgerschaft Dr. Stresemanns anzutreten. Jetzt hat sich gezeigt, daß weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum einen ernsthaften Vorstoß machten, um in das Reichsaußenministerium einzuziehen.

Der neue Reichsaußenminister Dr. Curtius ist 52 Jahre alt. Er gehört seit dem Jahre 1920 dem Reichstag an und ist seit dem Januar 1928, wo er in das zweite Kabinett Dr. Luthers eintrat und die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums übernahm, Reichsminister. Als solcher arbeitete er mit seinem Parteifreunde Dr. Stresemann, zu dessen engem Freundeskreise er gehörte, aufs innigste zusammen. Er begleitete ihn auch als deutscher Delegierter zur Haager Konferenz, wo er sich durch seine besonnene und verbindliche Art als überaus wertvolle Stütze unserer Vertretung erwies. Es kommt ihm zugute, daß er in die Pläne des verstorbenen Reichsaußenministers eingeweiht ist und

daß er die außenpolitische Linie Dr. Stresemanns stets aus innerer Überzeugung mitmachte. Es ist bekannt, daß Dr. Stresemann die bevorstehende Haager Schlusskonferenz nicht als eine reine Formalität betrachtete, sondern für sie bestimmte Pläne hegte. Es darf daher erwartet werden, daß Dr. Curtius das politische Testament seines Freundes Dr. Stresemann auf der bevorstehenden Haager Schlusskonferenz vollstreden wird.

Mit der Ernennung von Dr. Curtius zum Reichsaußenminister wurde auch die andere streitige Frage entschieden, ob ein Berufsdiplomat Reichsaußenminister werden soll. Als angebliche Kandidaten des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg wurden vielfach der Pariser Botschafter Dr. von Neurath genannt. Als letzterer jüngst in Berlin auftauchte, munterte man in politischen Kreisen allerhand. Vieles wurde gesagt, daß Dr. von Neurath als Stresemanns Nachfolger sich merkwürdig ausnehmen würde, nachdem erst vor einigen Monaten Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags an dem Verhalten unseres römischen Botschafters in den Fällen Emil Ludowyk und Verbart Hauptmann eine recht scharfe und abfällige Kritik geübt hatte.

Die Ernennung Dr. Paul Moldenhauers zum Reichswirtschaftsminister schafft einigermaßen Klarheit über die innerpolitischen Vorgänge, die sich in den letzten Wochen innerhalb der Deutschen Volkspartei abspielten. Hinter den Kulissen rang die weiterverarbeitende Industrie und die Schwerindustrie miteinander um die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums. Bald war der Abgeordnete Albrecht von der Reih-Industrie, bald der sächsische Abgeordnete Dr. Schneider, bald der Abgeordnete Dauch Favorit für dieses hohe Reichsamt. Jetzt hat keine der genannten Persönlichkeiten das Rennen gewonnen, sondern der Kölner Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, der keiner dieser Gruppen angehört. Man weiß, daß der neue Reichswirtschaftsminister zur engeren Tafelrunde Dr. Stresemanns zählte und innerhalb der Deutschen Volkspartei zu den Realpolitikern gehört. Seine vorwiegend staatspolitische Einstellung zu den brennenden Gegenwartsfragen und sein echter rheinischer Humor verschafften ihm während seiner parlamentarischen Tätigkeit auch zahlreiche Freunde außerhalb der Deutschen Volkspartei.

Lampels Geständnis

Er war bei der Tat zugegen

Der unter dem Verdacht der Mittäterschaft in einem vor acht Jahren in der Gegend von Neustadt in Oberschlesien verübten Fememord verhaftete Schriftsteller Peter Martin Lampel ist sofort nach seiner Einlieferung ins Liegnitzer Untersuchungsgefängnis vom Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Goslau vernommen worden. In diesem Bericht hat Lampel zugegeben, daß er bei der Ermordung des Angehörigen des Freikorps Oberland, Köhler, der sich v. Landen nannte, zugegen gewesen sei. Lampel bestreitet jedoch, an der Tat aktiv oder auch nur innerlich beteiligt gewesen zu sein. Sein Verhältnis zu ihr entspreche etwa der Haltung des „Fährtenführers“ in seinem Femeroman „Verratenen Jungen“. Dieses Buch ist übrigens in der Hand des Verteidigers ein wichtiges Dokument, da es die Einstellung Lampels zu den Fememorden vor der Zeit seiner Beschuldigung, also aus freier Überzeugung, darlegt. Da Lampel von anderen Personen, im Gegensatz zu dieser seiner Aussage, schwer belästigt wird, sogar durch die Behauptung, er selber habe den tödlichen Schuß auf Köhler abgegeben, wird er diesen Zeugen gegenübergestellt werden. Uebrigens hat man den einen der an dem Verbrechen beteiligten Selbstschußleute, der, wie gemeldet, gestrichet war, jetzt verhaften können. Es ist ein ehemaliger Leutnant von Volkow. Auch er ist bereits nach Liegnitz gebracht worden.

Die Tat ist seinerzeit bei Wadenau in der Nähe von Neustadt verübt worden. Der Tatort liegt also nicht im Abstammungsgebiet, in welchem Falle die ganze Angelegenheit überhaupt unter die sogenannte Spieker-Amnestie fiel, sondern außerhalb der Zone, allerdings nicht weit von ihr. Trotzdem wird für die Beurteilung des Falles die Person des Erschossenen erheblich in Betracht kommen, da es sich ja um die Zeit der Bedrohung Schlesiens durch polnische Freischärler handelt. Die Leiche Köhlers ist noch nicht gefunden. Daß sie in Wadenau vergraben worden sei, wird von einem der Verhafteten behauptet, der angibt, von mehreren Männern, die ihm mit Erschießen gedroht hätten, gezwungen worden zu sein, die Leiche auf Wadenauer Flur zu vergraben.

Ein Anschlag auf Mussolini!

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet aus Nizza, daß vor ungefähr einem Monat auf Mussolini in der Gegend von Ostia einige Gewehrschüsse abgefeuert worden seien. Die faschistische Nachrichtenstelle habe aber diese Meldung bisher unterdrückt. — Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt nicht vor.

Strafantrag des früheren Kaisers

gegen die „Berliner Morgenpost“

In einem mit der Ueberschrift „Geschäftsfreunde Wilhelms II.“ versehenen Artikel der „Berliner Morgenpost“ vom 24. Oktober d. J. hieß es, der frühere Kaiser sei an der Kruppischen Fabrik beteiligt gewesen, er habe sich stets als Sozjus Krupps gefühlt und mit Rücksicht auf dieses materielle Interesse durchgesetzt, daß ausschließlich Kruppische Geschäfte angekauft wurden, obwohl dieses Material, wie ihm bekannt, gegenüber demjenigen anderer Firmen minderwertig gewesen sei. Die deutsche Feldartillerie sei deshalb mit minderwertigem Geschütz in den Krieg gezogen. Auf diese Weise habe die kaiserliche Privatkapitulation auf Kosten des Vermögens des deutschen Volkes und des Blutes seiner besten Söhne eine ungeheure Verleumdung erfahren.

Hierzu erklärt einer Korrespondenz in Berlin eine dem ehemaligen Kaiser nahestehende Seite u. a.: „An dieser ganzen Darstellung ist kein wahres Wort. Durch die ungeheuerlichen, den Tatsachen widersprechenden Behauptungen werden nicht nur der ehemalige Kaiser, sondern auch die alten militärischen Dienststellen, deren hohes Verantwortungsgefühl in der ganzen Welt bekannt ist, auf das gräßlichste beschimpft und verleumdet. Da jeder Deutsche ein Recht auf Klarstellung besitzt, daß seine Söhne nicht durch eine derartige gewissenlose Mißwirtschaft hingepfört worden sind, hat der Kaiser durch Rechtsanwalt B. Bloch Strafantrag gegen die „Berliner Morgenpost“ gestellt.“

Politischer Mord in Argentinien

21 Verletzte

Nach einer Meldung der Associated Press aus Argentinien ist Dr. Carlos W. Vencinas, ein politischer Gegner des Präsidenten Frigobon, erschossen worden, als er von einem Balkon aus an 5000 seiner Anhänger eine Ansprache hielt. Gleichzeitig wurde auf die Versammelten ein wildes Feuer eröffnet, durch das 21 Personen Verletzungen erlitten. Unter den schwerer Verletzten befindet sich der Better des auf dem Balkon Erschossenen, Raul Vencinas, und der Polizeipräsident. Dr. Vencinas selbst ist von zwei Kugeln getroffen worden, die den Kopf und die Lunge durchbohrten. Beide Schüsse sind von hinten auf ihn abgegeben worden. Die Stadt ist mit Militär besetzt worden. Es wurden über 250 Personen verhaftet, bis auf 15 aber wieder freigelassen.

Wie hierzu weiter gemeldet wird, war Vencinas gerade aus Buenos Aires zurückgekehrt. Er wußte, daß das Bundesgericht gegen ihn einen Haftbefehl erlassen hatte. Es wurde ihm vorgeworfen, als Gouverneur von Mendoza sich durch Korruptionswirtschaft